

Bezugspreis:

Vertriebspreis: 20 Pf. monatlich, 2 Mk. für ein Jahr voraus zahlbar. Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen. Die Abnahmebedingungen sind in der Beilage Nr. 167 enthalten. Die Abnahmebedingungen sind in der Beilage Nr. 167 enthalten.

Anzeigenpreis:

Die abendseitigen Anzeigen werden zu besonderen Konditionen abgerechnet. Die Abnahmebedingungen sind in der Beilage Nr. 167 enthalten.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 13. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Telefon: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

## Entente gegen Escherich.

Beim nächsten Amt ist die Antwort der Interalliierten Kontrollkommission auf die am 9. Dezember abends übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Ostpreußen nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzügliche Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt.

Damit entfällt die letzte Unklarheit, die in der Dragesch-Frage noch bestehen konnte. Die Entente erklärt aufs neue, daß jede bewaffnete Selbstschutzorganisation mit dem Spaer-Abkommen nicht im Einklang steht. Um so lauter ruft es an, wenn das W.D. an seine Meldung folgenden Kommentar knüpft:

Die Schnellpresse, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund älterer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kann in den fremden Hauptstädten noch nicht vorgelesen haben. Bei der vitalen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unvermeidlich sein, daß sich die alliierten Regierungen selbst auf Grund der in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Botschafter entsprechende Schritte unternehmen lassen.

Das klingt wieder ganz so, als habe Forsttrat Escherich in eigener Person bei dieser Regierungserklärung Worte gefunden.

## Volksabstimmung in München.

München, 13. Dezember. Die Bevölkerung von München stimmte heute über das von den bürgerlichen Parteien angeregte Volksbegehren auf Abhaltung von Neuwahlen zum Gemeinderat ab. In den 328 Wahlbezirken wurden nach vorläufiger Zählung insgesamt 179 418 Stimmen für Neuwahlen abgegeben, es fehlten zum Erfolg rund 14 000 Stimmen, womit die Aktion der bürgerlichen Parteien gescheitert ist. Die Abstimmung ist ruhig verlaufen, die Wahllokale waren polizeilich geschützt.

Zum erstenmal in Deutschland ist gestern vom Reich des Volksbegehrens Gebrauch gemacht worden. Seit Juni 1919 besteht auf dem Münchener Rathaus eine sozialistische Mehrheit, allerdings nur von der Art wie im sächsischen Landtag: eine einzige Stimme über die Majorität, und dazu Spaltung der Sozial-

isten in drei Fraktionen. Die U.S.P. war ursprünglich als stärkste Partei angetreten, aus Scheu vor der Verantwortung übernahm sie jedoch nicht den Oberbürgermeisterposten. Dafür stellte dann die Sozialdemokratische Partei in der Person des Genossen Schmid den geeigneten Mann. Späterhin freundete sich die U.S.P. zeitweise mit der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) an und betrieb mit ihr ein Personalpolitik auf Gegenseitigkeit. Die Demokraten waren an die Wand gedrückt und murmelten andauernd. Schließlich brachten sie eine Koalition aller bürgerlichen Parteien für ein Volksbegehren zustande; falls sie 20 001 Stimmen aufbrachten, mußte das Gemeinderat am 12. Januar zur Neuwahl gestellt werden.

Der Bürgerblock führte die Agitation äußerst heftig und gegenseitig beschuldigte man sich des Wahlerrörs. Die sozialdemokratische Fraktion interpellierte im Stadtrat wegen des Terrors, den die Bürgerlichen auszuwandeln, um abhängige Leute zur Abstimmung zu kommandieren, und die Bürgerlichen bezichtigten den Gewerkschaftsverein (Kartell) und die Betriebsräte des gewalttätigen Vorgehens und der Einmischung in Dinge, die sie nichts angingen. Es hatten nämlich die Kommunisten Miene gemacht, das Volksbegehren zu unterstützen; sie stellten den Sozialdemokraten Bedingungen und erklärten, falls die Bedingungen abgelehnt würden, würden sie für Neuwahlen stimmen. Der Gewerkschaftsverein hatte darauf beschlossen, wer für Neuwahlen stimme, der stelle sich außerhalb der Gewerkschaftsreihen und würde ausgeschlossen werden. Daraufhin waren die Kommunisten eingeschwenkt. Weil die Gewerkschaften erklärten, sie würden eine Disziplinarkommission in den Abstimmungslokalen bilden, hatte der Volkspräsident bekanntgegeben, daß gegen jede unzulässige Beeinflussung rüchsellos eingeschritten werden sollte; Bedrohung und auch der Versuch dazu seien mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren strafbar. Man kann jedoch bloße Disziplinierung unmöglich verbieten; und da alle nichtsozialistischen Parteien zur Beteiligung an der Abstimmung aufriefen, alle sozialistischen Parteien aber sich gegen die Beteiligung erklärten, so weiß man natürlich von jedem einzelnen so gut wie feinerzählt bei den preussischen Gemeindevahlen, wie er abgestimmt hat.

Den Abstimmungskampf haben die bürgerlichen Parteien so geführt, wie man es schon unter dem Sozialkriegenepithet gewohnt war. Schloß die Sozialdemokratie tot, und alles ist gut! Die „Frankfurter Zeitung“ erklärte, selbst ein sehr gemäßigter Demokrat müsse sich für so eine Kampfführung bedauern. Aber in München standen die Demokraten an der Spitze des Ordnungsblochs, der, wie das Abstimmungsergebnis zeigt, trotz aller Anstrengungen sein Ziel nicht erreicht hat.

## Deutschland gegen Abstimmung in Köln.

Berlin, 13. Dezember. (W.D.) Der deutsche Botschafter in London hat am 11. Dezember nachstehende Note dem englischen Premierminister übergeben:

Die deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der britische Premierminister im Namen der britischen, der französischen und der italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr dafür, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlakt frei, unbeeinträchtigt und geheim vollzieht, und daß jede unterschiedliche Behandlung der eingeschlossenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Diesem Anspruch kann nur durch volle Einheitslichkeit des Wahlaktes genügt werden. Der Grundsatze der Einheitslichkeit des Wahlaktes ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei den Abstimmungen in Schleswig sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Artikel 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchgesetzt worden. Diese Artikel bedingen sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zum Artikel 88. Der Vorschlag hat aber die Grundsatze der Einheitslichkeit des Wahlaktes anfänglich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen einzuführen, ausdrücklich als maßgebend anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die britische, die französische und die italienische Regierung gleichfalls zu diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgelegten grundsätzlichen Standpunkt bekennen.

Die deutsche Regierung erkennt gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht ausgeht Unruhen zu verhindern, die bei Gelegenheit der Abstimmung in Oberschlesien eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Verneinung begründen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, unbeeinträchtigte und geheime Abstimmungsabgabe zu sichern, und daß ihrem Schutze anvertraute Oberbehörden in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Wählern ihre Aufgabe zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, daß in der Note vom 3. November auf-

geworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Die deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Wähler großen technischen Schwierigkeiten in bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen würde. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Art. 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „akannt“ werden darf, bevor nicht alle von den eingeschlossenen und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verletzung des Grundsatzes der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.

Die deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Ausdrucks am schärfsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzuregen, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgeht, und an die er gerichtet ist.

Die deutsche Regierung bittet den britischen Herrn Premierminister, diese Anregung auch an die französische und italienische Regierung weitergeben zu wollen.

## Corl in Flammen.

London, 13. Dezember. (W.D.) Ein großer Teil der Stadt Corl ist gestern eingestürzt worden. Das Feuer wütete auch immer. Mehrere Gemeindegelände, die Carnegiebibliothek, ein Lichtspieltheater, zahlreiche Geschäfte, und Erbschaftshäuser sind vom Feuer zerstört worden. Die Bevölkerung ist von einer Panik ergriffen.

Zu dem Brande in Corl meldet „Welt Vorwärts“: Am Sonnabend wurde ein Lokauto mit 14 Rodetten in einen Dinterhalt gelockt und die Insassen mit Bomben angegriffen. Bald darauf brannten im Zentrum von Corl drei große Geschäftehäuser.

Nachdem bis Montag mittag weder W.D. noch eine andere Nachrichtenagentur die Nachricht des Ablebens des Gen. Longuet erhalten hat, darf man wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß der am Sonnabend durch die „United Telegraph Co.“ beschriebenen Meldung eine Verwechslung zugrunde lag.

## Die Gralswächter.

Von Jakob Rimeien

Man weiß wahrhaftig nicht, über was man sich heute mehr wundern soll: über die Dreistigkeit oder über die Bergehrlichkeit der Alldeutschen und ihrer Presse. Die seit Wochen in den Monarchistenblättern tobende Hege gegen die Mäteschmach in Deutschland hat sich jetzt zu einer Reichstags-Interpellation der Deutschnationalen verdichtet, die am kommenden Dienstag auf der Tagesordnung steht.

Eine der beliebtesten Wolzen auf der Drehorgel der „Deutschen Zeitung“, „Deutschen Tageszeitung“ und vor allem der Stimmes-Presse ist der Bolschewistenschred. Dreh'n sie sich rum, dreht'n sie rechts rum, es werden sich immer gläubige Hörer sammeln. Als der Friede von Versailles näher rückte, orgelte Professor Elshöcher zum Ergötzen seiner Leser links rum. Bündnis mit Sowjetrußland gegen die Entente. Als im Sommer 1920 die Armeen Trotzki an den ostpreussischen Grenzen standen, blühten die Alldeutschen vergrößert nach Tautoggen und warzten sehnlichst auf Jork II., der mit Budjenny die Franzosen zu Poaren treiben sollte. Immer wieder Bolschewistenschred gegen die Entente, genau wie in Spa bei der Entwaffnungs- und Kohlenfrage, genau wie heute bei der Dragesch-Note. Gegen den inneren Feind aber, gegen die Republik und gegen die Sozialdemokratie, wird die Wolze rechts rum gedreht. Dem Bürgertum, den Schiebern und Bucherern muß jeden Morgen vor Bolschewistenangst die Ruckdo'se aus der Hand fallen. Dann sind sie weich und öffnen die Taschen für Dragesch- und Hohenjollernorganisationen, von denen sie wissen daß sie der beste Schutz ihrer Kriegsgewinne sind. Durch Lügen- und Spindelherde muß täglich eine neue „Rote Armee“ aus der Erde gestampft werden, damit Escherich seine Waffen und Mannen vor dem In- und Ausland verteidigen konnte.

Soviel englische Schiffe konnte jedoch kein Tauschboot auf dem Papier berufen, als seit Monaten „Bolschewistenboote“ vom „Lokalanzeiger“ und seinesgleichen erfunden wurden. Die Sache begann selbst dem gutmütigsten Spindelbinger lächerlich zu werden. In dieser Not waren den Alldeutschen die internierten über die deutsche Grenze getretenen russischen Regimenter ein gesundes Fressen. Jetzt war wirklich eine rote Armee in Deutschland. Die Hege konnte beginnen. Im seitenlangen Zirkus, bei denen an Balkenbrüstungen nicht gesparr wurde, bestritten die reaktionären Blätter über die bolschewistische Agitation in den Internierungs- und Gefangenenlagern. Ueber den Terror und den Schrecken, den die bolschewistischen Kommunisten gegen die Nichtkommunisten verüben sollen, über die Grauel, die sich dabei abspielten, und alles unter den Augen und mit dem stillen Einverständnis der deutschen Regierung bzw. des Reichskommissariats für Kriegsgefangene, das immer noch von Sozialdemokraten geleitet wird, und gegen die sich ja der größte Teil der reaktionären Hege richtet.

Wir wollen der Ausdrucks im Reichstag nicht vorgreifen. Das eine wissen wir jedoch, daß die Berichte der Monarchistenblätter eine Wache sind, irreführend, aufgeblüht und verlogen. Wir sind gewiß keine Verehrer der Bolschewisten und ihres Systems, das wir, wie jede Diktatur, mit all unserer Kraft bekämpfen. Wenn Deutschland bis heute vom Bolschewismus verlehnt wurde, kann sich das Bürgertum bei der Sozialdemokratie und nicht bei Kapp oder Stimmes bedanken. Gegen die Bolschewistenhege wehren wir uns jedoch, und vor allem wenn sie von jenen betrieben wird, die die Rußnieher jenes kaiserlichen Deutschlands waren, dessen Geschichte mit hundertmal mehr Gewalt und Blut geschrieben wurde, als es je die Bolschewisten in Rußland fertigbringen werden.

Voransgesetzt, die Angaben der Reichsblätter wären so richtig, wie sie unrichtig sind! Wo waren denn die Proteste der Wächter der Menschenrechte, als der Zar die russische Revolution von 1905 wiederknüppelte, als Tausende an den Galgen gehängt oder in Sibirien massakriert wurden? Wo waren die Gralswächter, als Herr v. Bülow auf die „Schnorrer und Verläumdner“ Joad machen ließ, um sie dem zaristischen Kerker auszuliefern? Hat man im Wulleblatt jemals einen Protest oder ein Wort von der deutschen Ehre gelesen, als die belagerten Zivilisierungen wie Sklaven nach Deutschland deportiert wurden? Wer solche Grauel getan und begünstigt, der hat für alle Zeiten das Recht verloren, über die Untaten anderer zu urteilen. Wie es jedoch mit den Berichten der Reichsblätter aussieht, zeigt eine Notiz der „Deutschen Zeitung“ vom 4. Dezember, in der ein Artikel des gleichen Blattes vom 2. Dezember als unklar widerrufen wird, und der „Lokalanzeiger“ druckt am 29. November schamlos einen Satz des in Sibirien erscheinenden russischen Emigrantenblattes „Nowaja Russkaja Schin“: „Es ist eine, drum gläubige, unsinnige, ja fast tragische Tatsache: die Russen werden, gleichmäßig aus welchen Ursachen, am besten in Deutschland behandelt.“ Am 6. Dezember schreibt der gleiche Anzeiger über die Schändensherrschaft, die die russischen Internierten von den bolschewistischen Kommissaren zu erdulden hätten.

Wozu aber die Schreden und weshalb die Interpellation? Weil die Uebergetretenen und Internierten in den Lagern zu einer „Koten-Armee“ (hat ihn schon) eingeregelt wurden, um den deutschen Kommunisten bei der kommenden deutschen bolschewistischen Revolution als Kerntruppe zu helfen! Der in solchen Dingen sehr erfahrene und berühmte „Lokalanzeiger“ kennt sogar schon den roten Hofmachersplan. Das ist des Pudels Kern. Deshalb die Aufmachung, deshalb fliehen die Tränen des „Lokalanzeigers“, deshalb greift in der „Deutschen Zeitung“ Lohndelva über die Schmach, die in den Gefangenenlagern dem deutschen Namen angetan wird. Einmal links rum für die Entente, damit der Orgeß keine Note in die Krone fällt; einmal rechts rum, damit das deutsche Bürgertum um so mehr Banknoten dem Herrn Fischer zollt. Anscheinend ist das Ausland für die Ergüsse alldeutscher Zeitungen etwas vorfichtiger geworden, deshalb soll am Dienstag im Reichstag noch etwas nachgeholfen werden.

Während des Krieges gab es Gefangenenlager, wie in Karburg, wo Ukrainer kräftig exerzierten. Das ließen die Alldeutschen gelten. Tene Soldaten wurden ja auch zum Lande vertrieben gegen das eigene Vaterland gedrückt. Auch den Indiern lehrte man den preussischen Parade marsch, gab man eigene Zeitungen, und wehe, wer nicht paradierte. Lenin und seine Leute wurden in plombierten Eisenbahnwagen aus der Schweiz durch Deutschland nach Rußland transportiert, um dort Revolution „zu machen“!

Heute gilt es für die Hohenzollern, für die Revanche; gegen Lenin, gegen Beamte, die Sozialdemokraten sind. Deshalb der Bolschewistenschreck und das Geschrei der Alldeutschen.

### Die Strafe.

Die „Freiheit“ findet unsere Bedenken gegen den Vorschlag der „Reisbarbeiterzeitung“, die Frage der Sozialisierung auf der Straße zur Entscheidung zu bringen, „selbst“. Sie gibt zwar zu, daß man durch die Macht der Straße nicht die Wirtschaft umformen kann, man könne aber damit die wirtschaftlichen Voraussetzungen für neue Wirtschaftskämpfe erkämpfen. Die „Freiheit“ könnte nachgerade wissen, daß wir eine feste in sich geschlossene Volksmehrheit für die unerlässliche wirtschaftliche Voraussetzung jeder tiefgreifenden Umbildung der Wirtschaft halten, und daß wir jeden Versuch, Reichheit durch Minderheitsgewalt zu erzielen, als völlig aussichtslos betrachten.

Zu gleicher Zeit veröffentlicht die „Kote Föhne“ ein Manifest gegen die Unabhängigen, in dem gefogt wird, diese hätten die Köpfe und die Organisationen der unabhängigen Arbeiter unter dem Schutz der kapitalistischen Polizei und Gerichte gestohlen, sie seien eine Schutzgarde der Bourgeoisie. Und zu gleicher Zeit erklärt die „Komm. Arbeiterzeitung“, die Kommunisten litten an einer zum Himmel schreienden Heißheit, ihre erste Tat nach ihrer Vereinigung sei ein Betrug an den Massen gewesen.

So fällt einer dem andern in den Rücken, späht jeder nach einem „Brot“ des andern, den er im eigenen Fraktionsinteresse gegen den andern agitatorisch auszusprechen kann. Selbst in Groß-Berlin und in Sachsen fehlt es infolge dieses wahnwichtigen Treibens an arbeitsfähigen sozialistischen Mehrheiten. Für die Kommunisten ist bekanntlich auch das Streben der U.S.P. nach Sozialisierung nur ein in Interesse des Kapitalismus unternommenen Betrug, sie würden eine Aktion auf der Straße sofort dazu benutzen, die Sozialdemokraten heiber Richtungen zu „entlarven“ und Sebering in Preußen, Lipinski in Sachsen, Sepp Oerter in Braunschweig zu „Blutbunden“ zu humpeln.

Der Augenblick, in dem die Arbeiter für die Sozialisierung auf der Straße gingen, würde ein geschlossenes Bürgertum finden. Auf seiner Seite händen Reichwehler, Sipo, Orgeß und die Mehrheit der Bevölkerung. Dieser Macht stände dann eine in sich gesplitterte Arbeiterklasse gegenüber, deren vier Fraktionen jeden Augenblick bereit sind, eine über die andere herzufallen. Darum liegt nach unserer Auffassung jeder Versuch, eine Entscheidung auf der Straße herbeizuführen, nur im Interesse der Reaktion.

### Die Hochzeit mit der Volkspartei. Demokratischer Parteitag.

Im Vordergrund der gestrigen Sitzung der Deutschen Demokratischen Partei standen die Ausführungen des Reichswehrministers Dr. Gehler und des Reichsministers des Innern Koch. Gehler hatte ein leichtes Spiel. Als er ausrief: „Ich weiß, was ich will, und was ich will, das kann ich!“ wurde ihm zwar von verschiedenen Seiten „Na na!“ zugerufen, aber als er hinzusetzte, „ich bin aber nicht leicht genug, Unmögliches zu wollen“, meldete sich bereits wieder der Beifall, mit dem überhaupt nicht geparzt wurde. Gehler seinerseits beschränkte sich auf eine sanfte Schaukelpolitik, die ihm ja auch seine Amtsführung so angenehm macht. Er spricht von der Notwendigkeit der Entpolitisierung des Heeres, dem ein Koalitions- und Streikrecht nicht zugestanden werden könne, ist aber bereit, den Reichswehrmannschaften wirtschaftliche Vereinsfreiheit zugestehen. Allerdings fügt er vorsichtig hinzu, „soweit die militärische Ordnung nicht gefährdet wird“, eine Einschränkung, aus der, wie die Praxis erwiesen hat, die „untergeordneten“ Kommandostellen hinterdrein herauslesen, was ihnen beliebt. An und für sich erfreulich ist es, wenn Gehler jedem den Weg zu den Oberstellen freimachen möchte. Aber auch hier besteht die unüberwindbare Kluft zwischen Theorie und Praxis oder vielmehr zwischen Gehler und seinen ausführenden Organen. Wie die Generale über diesen Punkt denken, hat man ja erst kürzlich aus heftigem Munde bei der Deereberatsberatung im Ausschuss gehört. Als Oppositionsredner gegen Gehler trat nur v. Suttner-Frankfurt a. M. auf, der dem Reichswehrminister vorwirft, daß er es nicht verstanden habe, das Heer zu einem republikanisch-demokratischen Instrument zu machen und die republikanisch-Gesinnten in der Armee vor Nachregelungen zu schützen.

Kraft sensationell gehalten sich das Auftreten des Reichsministers des Innern Koch. Seine Worte über ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei gewinnen angesichts der kommenden Landtagswahlen doppelte Bedeutung. Er führte im einzelnen aus:

In der parlamentarischen Arbeit können wir mit der Deutschen Volkspartei ein gutes Stück zusammengehen, wenn auch die Zeit der Hochzeit noch nicht gekommen ist. (Zurufe: Noch nicht!) Die Deutsche Volkspartei wird ihre zwiespältige Politik nicht aufrecht erhalten können. Die Entscheidung, ob ein dazwischen Zusammengehen möglich ist, liegt bei der Deutschen Volkspartei, liegt darin, ob die Partei sich zu unteren Grundätzen bekennt oder ob sie nach rechts ablenkt. Die Sozialdemokratie wird, wenn sie sich in ihrer Öffnung auf Vorherrschaft getäuscht sieht, hoffentlich zu unterer Politik zurückkehren. Mit einem Großdeutschland ist die Monarchie unvereinbar. (Starker Beifall.)

Wenn auch die Parte, die an die sozialdemokratische Adresse gerichtet wurden, und das ausdrückliche Bekenntnis zur Republik den Kern der Sache wohl abgemessen hätten, so bleibt die Tatsache doch unverrückbar bestehen, daß hier einer der Führer der Demokratischen Partei Deutschlands ernstlich mit einer Verschmelzung der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei rechnet. Da hilft alles Zeugnis nichts mehr, und auch die Ungläubigen unter den Demokraten, die die ersten Nachrichten über derartige Möglichkeiten für eine grobe Grobabschneidung der Demokratischen Partei hielten, werden sich nunmehr zu überlegen haben, ob es nicht besser ist, die Konsequenzen zu ziehen, ehe sie eines Tages vor der vollendeten Tatsache eines vereinigten reaktionären Rechtsblocks stehen.

Im übrigen nahm der Parteitag eine Resolution im Sinne der Grundzüge des Parteivorstandes Dr. Petersen, einen Antrag auf Einrichtung eines Frauenreferats im Ministerium des Innern sowie eine Resolution, die vor allem die Revision des Versailleser Friedens und Rückgabe der abgetretenen Gebiete und der Kolonien fordert, an.

In der Nachmittagsitzung sprach Abg. Dr. Wieland über die Not der deutschen Wirtschaft. Er forderte u. a. Befestigung der Zwangswirtschaft, Ablehnung der Kommunifizierung und Anerkennung der ständigen Arbeitswoche. Als Diskussionsredner entwickelte Dr. Walter Rathenau sein bekanntes Wirtschaftsprogramm.

### Stegerwalds Ruf nach der neuen Partei. Parteitag des preussischen Zentrums.

In Gegenwart der Minister Dr. Brauns, Stegerwald und Sieberts, sowie von etwa 200 Vertretern der preussischen Zentrumspartei begann am Sonntag der auf zwei Tage berechnete Parteitag der preussischen Zentrumspartei, der der Vorbereitung der preussischen Wahlen und der Feier des 50jährigen Bestehens des preussischen Zentrums gilt. Nach einer einleitenden Ansprache des Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Forst, die sich mit der historischen Entwicklung des Zentrums befahte, sprach Abgeordneter Professor Lauscher über die preussische Verfassung und Abgeordneter Herold über das preussische Wahlgesetz. Am Nachmittag referierte der parlamentarische Staatssekretär im Kultusministerium Professor Dr. Wildermann über das Thema „Kirche und Schule“, wobei er die Ansicht äußerte, daß es heute besser um das Vaterland stünde, wenn die Hohenzollern nicht dauernd die Förderung des Protestantismus als ihre höchste Aufgabe betrachtet hätten. In längerer Rede verbreitete sich der preussische Wahlfahrtsminister Stegerwald über die politische Zukunft Deutschlands. Er erklärte, daß heute nach seiner Auffassung keine Partei das sei, was er deutsch, christlich, demokratisch und sozial nenne. In nationalen und kulturellen Fragen habe er bestimmt recht. In wirtschaftlichen und sozialen Fragen wolle er aber der materialistischen und mammonistischen Anschauung in allen Stücken entgegenstehen. Die Sozialdemokratie dürfe man nicht in die Opposition treiben. Wenn jede Partei heute eigenständig an ihrer Tradition festhalte, werde in kurzer Zeit die Neugestaltung des Parteiwesens von außen her ohne Einvernehmen mit den Parteien selbst herbeigeführt werden. Wenn wir nicht alle elend zugrunde gehen wollen, müßten heute Katholiken und Protestanten in Mitteleuropa einen neuen Staat bilden, in dem die Konfessionen Hand in Hand arbeiten. Die Zentrumswähler müßten sich daher resolut auf staatsbejahenden Boden stellen und den konfessionellen Gegensatz im Volksleben zurückdrängen. Weiterhin erklärte Reichspostminister Sieberts, daß er sich den Effizienten Beschlüssen in jeder Weise anschließen wolle. Die Reichsregierung zu wahren, sei auch die künftige Aufgabe des Zentrums, dessen beste Wählparole sei, die völkische Idee ohne politische Nebengedanken wieder zu beleben.

### Der Mecherstädter Mordprozess.

Unter ungeheurer Androng des Publikums begann heute vor dem Schwurgericht in Kassel der Prozess gegen 14 Marburger Studenten, sämtlich Zeitfreiwillige und Mitglieder des ehemaligen Marburger Studentenkorps. Angeklagt sind die Studenten Engelbrecht, John, Krauß, Goebel, Herberich, v. Hülst, Koch, Köster, Vogt, Schüler, Springer, Redelmann, Lange und Blum. Diese Angeklagten werden beschuldigt, 16 ihnen zum Abtransport übergebene Arbeiter, und zwar Karl Hornschuh, Alfred Hoffinger, Karl Kändler, Gustav Weid, Ernst und Axel Schröder, Paul Döll, Otto und Friedrich Jüdnner, Reinhold Steinberg, Albert und Gustav Soldau, Alexander Hartmann, Otto Bay und Rudolf Rosenfeld in der Nähe von Bad Thal im Hirsfeldgrund zwischen Mecherstedt und Siedelstedt

unter rechtswidrigem Waffengebrauch erschossen zu haben.

Die 14 Angeklagten standen bekanntlich bereits vor einem außerordentlichen Kriegsgericht, das zu einem Freispruch gelangte. Die dagegen eingeleitete Verurteilung behauptet, daß eine Anzahl Belastungszeugen nicht vernommen wurde und anderen Zeugen bei wichtigen Aussagen das Wort abgeschnitten wurde. Deshalb wird der ganze Fall vor dem Schwurgericht nochmals aufgearbeitet werden.

Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Schmidt, als Anklagevertreter fungiert Staatsanwalt Dr. Sauer. Sämtliche Angeklagte werden von Rechtsanwalt Dr. Büttgenbrunn-Göttingen verteidigt.

Danzig neuer Bürgermeister. Nachdem der bisherige Oberbürgermeister Sahm zum Präsidenten der Freien Stadt Danzig gewählt worden ist, mußte Danzig ein neues Stadthaupt erhalten. Das ist nun geschehen. Durch Rundschreiben an alle Amtsstellen des Danziger Magistrats teil Senatpräsident Sahm mit, daß Bürgermeister Dr. Bail die Geschäfte des Oberbürgermeisters übernehmen werde.

### Macht der Musik.

Aus der Phantasie eines Realisten  
von Josef Popper-Lynkeus.

Ein junger Mann empfahl sich von seiner Geliebten, um ein Konzert zu besuchen, mit dem Versprechen, nach Beendigung desselben sogleich wieder zu ihr zu kommen.

Die verlebten Neben, die Schlinge und Rüsche hatten ihn aber so aufgeschalten, daß bei seinem Eintritt in den Konzertsaal eines der Musikstühle schon zu Ende war. Er bog sich nun an den ihm angewiesenen Platz und trug seinen Nachbar nach dem Programm der Aufführung, das er keine Zeit gehabt hätte, näher anzusehen. Der Nachbar, ein ältlicher, unterseht gebauter Herr mit zerrautem Haar und abgetragenen Kleidern, hielt fortwährend einen Stock mit beiden Händen zwischen seinen Beinen und machte auf die Frage ein sehr unverständliches Gesicht.

„Sie fragen“, antwortete er, nachdem er den jungen Mann mit durchbohrendem Blick gemustert hatte, „was wir heute zu hören bekommen? Wir hören: Zuerst den fatten Elefanten, der brummt sich in seiner Behaglichkeit etwas vor, und wir sollen dabei sein; auf dem Programm heißt es: Locate von Johann Sebastian Bach. Inzwischen kann ich Ihnen sagen, mein junges Herrchen, hierzu sind Sie schon zu spät gekommen; den Elefanten haben Sie also verstimmt. Es wird aber nicht lange dauern, so wird der Zwinger wieder geöffnet; und heraus wird stürzen der große hungrige Löwe, er wird abwechselnd brüllen und seufzen; auf dem Programm heißt es: Mondschein-Sonate. Nun, mein Herrchen, hebrigns habe ich schon genug mit Ihnen gesprochen; er kommt gleich; hüten Sie sich, einen Laut oder einen Blick mir zuzuwenden, es würde mich stören; und überhaupt: ich kann Sie heute nicht weiter brauchen!“

Hierauf wandte sich das alte Herr ab, stützte sein Kinn auf seinen Stockknopf und blühte mit erwartungsvoller Miene ins Leere.

Nun begann auch sogleich die Sonate.

Nach wenigen Augenblicken schon kam das Gemüt des jungen Mannes in eine stetig sich steigende angenehme Bedrängnis. Bald fühlte er sich mit freierem Atem in die Höhe schweben und einem süßen und zugleich gewaltigen Zuge unwiderstehlich nachgetrieben.

Er kannte das Bild des Musiklers, der dieses Tonstück geschaffen hatte, und er sah immer deutlicher, wie der Meister seine wilde Wahn schützte, mit strengem Blick sich nach ihm umtendete und ihm bedeute, ihm zu folgen. Da sagte der junge Mensch zum Meister: „Habe Rücksicht mit mir! Du reißest mich zu früh in die Höhe und ich fürchte, zur Erde zu stürzen!“

Waf das schleuderte der Meister Blitze auf seinen Augen und

schwang sich immer höher und rief alles so früh mit sich fort, daß ein heulender Sturmwind entgegenblies. Der junge Mann hatte schon sich und die Welt verloren, da empfand er mit einmal eine beglückende und trauernde Veruhigung, und immer mehr bemerkte er, daß alle Töne ja aus seinem Innern kamen. Da sah er die Erde und die Menschen so klar vor sich wie noch nie, und er sprach zum Meister: „Ja, es ist so! Das Unglück scheidet sumwend unter den Menschen umher. . . Wie sie weinen und klagen! Wist! Ihr denn aber nicht“, rief er hinab, indem er sich vorbeugte, „daß das alles nur ein Scherz ist? Ihr Guten, wie liebe ich Euch! . . . Wie sie sich umeinander drängen! Wenn Euch zu wehe wird, so horcht, und Ihr werdet geträstet sein. Seht, welches Paradies er Euch zeigt, und Ihr wüthet gar nicht, wie nahe es Euch sei! . . . Schnell, seht doch, welche Herrlichkeiten sich Euch nähern! Ungeheurer Meister, halte ein, du gibst zuviel!“

Aber der Meister wandte sich nicht, antwortete nicht und härmte weiter.

„Unendlicher Meister“, rief ihm der junge Mensch nach, „nicht so weiter, es ist zuviel! Wist! du denn alle Uebel der Welt ausgleichen? Ueberstreichst die Grenzen nicht! Was du uns zeigst, ist uns Menschen nicht erlaubt zu sehen. Ich fürchte, wir vergehen! Du forderst ein Weltungsglück heraus, wenn wir zu selig sind! Halt ein! Sieh Hülfe! . . . Endlich! Du läßt dich herab! . . . Hier bist du!“

Das Tonstück war zu Ende, und der Beifall der Zuhörer weckte den jungen Mann aus seiner idealen Weltübung. Sein Nachbar schrie mit glühendem Angesicht in den Barm hinein: „Ja, ja, freilich! Ruft ihn nur, ruft ihn immer wieder, ruft ihn von den Toten herauf, vielleicht bringt Ihr ihn doch zu uns!“ Erschöpft schwieg er dann, seigte den Hut auf, und während ihm die Tränen über die Wangen liefen, sprach er vor sich hin: „Wir mögen rufen, wie lange wir wollen, wir können ihn doch nicht heraufbringen!“

Er wie alle anderen verließen den Saal, und der junge Mann ging langsam davon, und in Empfindungen und Träumen verlorener, irrte er in den Straßen der Stadt umher. Spät, sehr spät erinnerte er sich seiner Geliebten.

„Ist das die Eile deiner Liebe?“ rief sie ihm beim Eintritt gleich entgegen. Er aber antwortete:

„Du wist doch nicht mit Beethoven kämpfen!“

Beethoven-Festern. Noch ist nicht Abend, und schon jagen sich die Feiern, bunt, dennoch einseitig, ohne großen, ohne würdigen Plan. Beethovens Werke auf ein Programm gesetzt: wem ist das Feiertag? Ein stilles Concert in meinen vier Wänden, das Durchleben der Apassionata, das Sinnen über die Ruffit des Benedictus stimmen feierlicher, gottnäher. Draußen seht sich die Sehnsucht nach der gangbareren und dankbareren Ruffit sofort in Geschäftsbetrieb um. Abhören wie jeder Dirigent, Agent, Solist,

Berein, wie jede kleine und kleinste Organisation ihre Beethoven-Apoteose zuwege bringt. Ein großer Tag hätte sein müssen, an dem sich die Allerbesten zu gemeinschaftlicher Tat einten. Im Orchester bescheiden an den Kulsten die großen Virtuosen, zusammengeschoßen die besten Instrumentalisten aller Orchester, vereint die tüchtigsten Teilhaber aller Schattierung, an der Spitze alternierend die fünf lebenden deutschen Meister: Dirigenten, Solisten vier Welt-Etate; und 8 Tage hintereinander, frei zugänglich vielen Tausenden das heilige Lied der Freude! Da wäre Demut, da wäre Sinn und Kraft gewesen, in der Einheit, im Ringel an Bepflüchtigung. Und nichts durfte daneben sein, kein Konzertsal geöffnet an den Tagen des Gedankens. Oder man ließ Beethoven, den unübersehbaren Musiker, zu uns sprechen mitten aus dem Kreis der Geschickte; unbekannt und belonnte Vorläufer, Männer, die sich nach ihm und trotz seiner und im Anschluß an ihn zur Beethoven-Nähe emporgangen — und in der Mitte, er, eine Leuchte unter Lichtern, eine ewige Lampe der Kunst und der Erfüllung! Dies oder anders. Nur keine Veränderelei mit dem Schilde Beethoven! Die Stadt Berlin hätte aufwachen dürfen und der Welt ein Beispiel geben. Sie wird sich begnügen, im Tiergarten einen Kranz niederzuliegen. . . Wo bleiben dem Publikum die Feiern im Ausmaß!

Wir werden, soweit kein ganz starker Geist oder Wille zu uns spricht, nur kurz darüber berichten. Für den sozialdemokratischen Bezirk-Bildungs-ausschuh Groß-Berlin schwang Dr. Gah schlecht und recht, nicht eben bedeutend, den Stab zur Größe. Kela Roosse ist spielte elegant und schön das G-Dur-Konzert. Das Volkshilfungsamt Neuföllin ließ Felix Günther sprechen, gute Kammermusik und Pieder vortragen und Walter Woldenhauer mit seinem reichschaffenen Chor parodieren. Die Wimerdorfer Kunstdeputation, die sich auch sonst in musikalischer Mähe gibt, lud zu einem Vortrag über „Hidello“ ein. Prof. Hirschberg sprach vor rechten und unredeten Zeit Geschicktes und Bewährtes in pathetisch-schwolenem Ton, illustrierte den Gang der deutschen Freiheitskämpfer durch lauberes A-bierpiel und unfauberes Singen, härtete aber Dunkles und Fehlerhaftes der üblichen Darbietungen. Zu gleicher Zeit absolvierte H. v. Dame ein historisch-interessantes Programm: Kammermusik von Hill, Pataci, Beethoven. Fortschritt! Doch uns nur der Festtag selber still, gesammelt, ausnahmslosig, gebeligt in Beethoven findet Kurt Singer.

Theater. Die kombinirte Spielzeit des Deutschen Theaters ist beendet. Die daran beteiligten Künstler nehmen ihre Tätigkeit an den Bühnen des Deutschen Theaters wieder auf.

Mademistischer Gruppe für Sexualreform. Am 14. Dezember, 6 Uhr abends, sprach Dr. Walter Peters Hentlich über „Uösung der sitlichen Empfindungen und Anwendung auf die Sexualität“ (mit freier Aussprache) in der Technischen Hochschule, rechter Aufmann, 3. Etz, 13. Etz, 133.

Irania. Am Dienstag, abends 8 Uhr, spricht Dr. A. Gotois mit Gleichheit über „Die Geschichte der Armei“.

Eine neue Libretto-Angabe. Diberolt Romane und Erzählungen in den Uebertragungen von Ryllus, Kromer und Goethe, zum kleineren Teil in neuen Uebertragungen, sind im Verlag Georg Müller, München, erschienen.

# Prozess gegen Prinz.

Die Verhandlung gegen Prinz wurde heute nach der durch die Verhandlung eines Besitzers notwendig gewordenen zweimaligen Vertagung wieder fortgesetzt. Unter den als Zeugen geladenen Personen befindet sich u. a. der frühere Polizeipräsident Emil Eichhorn, der sich infolge Erkrankung nur mühsam ein zwei Sätzen fortbewegen kann, und bietet, sofort vernommen zu werden. Das Gericht entspricht dieser Bitte.

Eichhorn bezeugt u. a., daß ihm Prinz eines Tages erzählt habe, in der vergangenen Nacht seien Liebknecht und die Lugeburger von dem Feldwebel Tatzka verhaftet worden. Zeuge glaubt, wenn Prinz bzw. Tatzka an jenem Tage irgend etwas von einem Nordbefehl gewußt oder einen solchen gar in den Händen gehabt, so hätte ihm Prinz bestimmt auch davon Mitteilung gemacht. Er glaube nicht, daß überhaupt ein schriftlicher Nordbefehl jemals vorhanden gewesen sei, so dumm sei doch Scheidemann nicht, den er seit 20 Jahren kenne, daß er seine Unterschrift zu einer derartigen Sache hergeben sollte. Tatsächlich herrschte seinerzeit

### eine allgemeine Nordstimmung.

Die Flugblätter trugen zum Teil in fetter Schrift die direkte Aufforderung „Tötet Liebknecht!“ — Auf Fragen des Justizrats Dr. Weisauer erklärt Zeuge Eichhorn, daß der Name Scheidemann mit keiner dieser Aufforderungen oder Flugblätter irgendwie in Verbindung gebracht worden sei. Heinrich Ellarz habe im Polizeipräsidium freiwillig gearbeitet und die Soldaten verlosset, ohne dafür einen finanziellen Gehalt zu beziehen oder sonstige Vorteile zu haben. Georg Ellarz habe er, Zeuge, erst in der zweiten Hälfte des Dezember kennen gelernt.

Zeuge Max Gaweils bezeugt, daß ihm Prinz erzählt habe, er sei dazugekommen, wie ein Feldwebel Liebknecht und die Lugeburger verhaftet habe. Er, Prinz, habe dem Feldwebel gleich ein paar heruntergehauen. Von einem angeblichen Nordbefehl habe Prinz mit keinem Wort gesprochen. Prinz habe damals einem Posten an der Hinterfront des Polizeipräsidiums den Schlüssel abgenommen und da er, Zeuge, in Prinz einen Menschen gesehen habe, der

### bald zu der, bald zu jener Partei

sich wendete, so habe er sich bei Weis darüber beschwert, damit Prinz der Schlüssel wieder abgenommen werde.

Der Zeuge Swoboda wird nochmals kurz vernommen und bestätigt, daß seinerzeit sehr starke Gegensätze zwischen Polizeipräsidium und Kommandantur bestanden.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

# Groß-Berlin

## Der Hotelkrieg.

### Die hungernden Hochzeiter im Bristol-Hotel.

Die Berliner Hotelbesitzer haben mit Trara den Kriegspfad betreten und mit wunderbarer organisierter Raffine in einer gestrigen Sitzung beschlossen, spätestens vom 15. Dezember ab ihre Reservationsbetriebe so lange geschlossen zu halten, bis es ihnen wieder ermöglicht wird, ohne Verstoß gegen gesetzliche oder behördliche Maßnahmen ihre Betriebe ordnungsmäßig zu führen, weil sich die Unmöglichkeit strikter Einhaltung der Anordnungen gezeigt habe. An den preussischen Justizminister und den preussischen Minister des Innern wurde ein Telegramm geschickt, in dem die Vertreter der großen Berliner Hotels und Restaurationsbetriebe die Behörden um Verstand und Schutz gegenüber den Maßnahmen der Staatsanwaltschaft bitten.

Es ist ganz furchtbar, und wie schon vor der vollendeten Katastrophe. Da es sich ausnahmslos um Luxuslokale und Restaurants handelt, u. a. Kaiserhof, Eplandeb, Eggelstein, Savoy, Fürstehof, Kolast-Hotel, Eden, Heiler, Continental, Elite, Hahnburger Hof und Hotel am Tiergarten, sowie die Weinrestaurants von Vordorff, Meingold, Quis, Pöpper, Traubach, Kempinski, Dressel und Quiser, so wird für die illustren Schieber und für die schmarotzenden Glöckertreiber des Auslandes eine schreckliche Zeit anbrechen. Sie werden wie gewöhnliche Leute zu Mittag essen und ihren Kaffee mit Kuchen in Säulen zu sich nehmen müssen, wo man dergleichen noch ohne Schlagjähne serviert.

Die bürgerliche Presse tut ganz verzweifelt. Ganz besonders die „Berliner Montagspost“, welches Allheilmittel bereits folgende schreckliche Tatsache allen Ernstes in Fettdruck feststellt:

Welche Folgen dieses Vorgehen der Gastwirte und Hoteliers hat, zeigt das eine Beispiel, das für heute im Hotel Bristol eine große Hochzeit angelegt war, die nicht mehr abbestellt werden konnte, weil die Gäste bereits in Berlin waren. Nach den Anordnungen der Direktion war es aber nicht mehr möglich, das Hochzeitsessen im Hotel zuzubereiten, so daß das Essen von einem Exekutivbezogen werden mußte. Mit anderen Worten: die Hochzeitsgäste mußten das Essen mitbringen, um überhaupt die Hochzeit feiern zu können.

Diese hungernden Hochzeiter bei Bristol verdienen in der Tat das heißte Mitleid. Man denke sich nur, sie mußten das Essen bei einem „Traiteur“ bestellen. Wenn das nicht erschütternd auf Staatsanwaltschaft und behördliche Instanzen wirkt, muß man wirklich auf den Gedanken kommen, daß sie sich den Köten der bestehenden Klasse gänzlich verschließen haben.

### Neue Postwagen-Beraubung.

Die letzte Postwagenberaubung hat anstehend gewirkt. Am Sonnabend früh hockt, wie wir berichteten, der Postbote Lauterbach auf der Fahrt von Weihenitz nach dem Postamt 19 in der Beuthstraße aus einem Postwagen, dessen Begleitung ihm übertragen worden war, eine Geldkiste mit 100 000 M. Während noch die Kriminalpolizei mit seiner Verfolgung beschäftigt ist, ließ gestern früh die Meldung über eine neue Beraubung eines Postwagens durch einen ungetreuen Postbeamten ein. In der Nacht zum Sonntag, kurz nach 12 Uhr, wurde in der Treßow-Allee, zwischen Karlsruher- und Friedrichstraße, ein Postwagen erbrochen und ausgeraubt vorgefunden.

Die sofortigen Reaktionen ergaben, daß es sich um den Postwagen 218 handelt, der zwischen den Postämtern 77 am Anhalter Bahnhof und 44 in der Kronenstraße Postpost zu befördern hatte. Der Wagen hatte zuletzt auf dem Postamt 44 122 Pakete geladen, ist aber auf dem Amt 77 nicht eingetroffen. Führer des Wagens war der 18 Jahre alte aus Berlin gebürtige Postkellner Otto August Max Schulz aus der Friedstraße 3. Da dieser flüchtig ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß er wahrscheinlich mit Helfer schloffen, die Verurteilung des Wagens vorgenommen hat. Er ist verurteilungsgemäß mit ihm anstatt nach dem Postamt 77 nach Karlsruher hinausgeschickt, wo er in der stillen Treßow-Allee mit seinen Ehepartnern die hintere Wagenreihe gewaltsam erbrach und den Inhalt des Wagens auf ein bereitstehendes Koffergewand überließ. Von der Oberpostdirektion ist auf die Wiederbeschaffung der geraubten Pakete und die Ergreifung des ungetreuen Postkellners und seiner Helfersteller eine hohe Belohnung ausgesetzt. Die Pakete haben wohl in der Hauptstadt Mantel, Kleider und Stiefel enthalten.

Die Nachforschungen nach dem flüchtigen Postboten Lauterbach haben ergeben, daß sich dieser am Sonnabend vormittag in

# Die Beamtenschaftsbewegung im Reich.

Die Beschlüsse des Reichstags über die Neuregelung der Beamteneinkünfte hat in Beamtenskreisen lebhafteste Erregung hervorgerufen, die sich in großen Kundgebungen, die in den letzten Tagen in größeren Städten des Reichs stattfanden, Luft gemacht hat.

Die Berliner Beamtenschaft, soweit sie im Deutschen Beamtensbund organisiert ist, protestierte gestern in zahlreichen Versammlungen gegen die Beschlüsse des Reichstages und zog dann in großen Demonstrationen zum Lustgarten. Die Demonstranten führten Schilder und Plakate mit, deren Aufschriften die

### Strafmaßnahme des Reichstags,

die Gewährung eines Einkommensminimums und den schärfsten Kampf gegen den Wucher und den Scheinhandel forderten. Es fehlte auch nicht an Plakaten, die sich gegen die „im Klusteffel sitzenden“ Minister wandten. Im Lustgarten sprachen Geheimrat Falkenberg vom Reichsministerium des Innern, Kugler, der stellvertretende Vorsitzende des Beamtensbundes, der Eisenbahnbeamte Lange und Kamossa, der Sekretär des Beamtensbundes. Die Ausführungen der Redner gipfelten in den nachstehenden Forderungen:

Die Beamtenschaft fordert sofortige Anpassung ihres Einkommens an die wirtschaftliche Lage. Was ihr bisher gegeben wurde, ist völlig unzulänglich. Das Reich muß andere und bessere Mittel und Wege finden, der fortschreitenden Verelendung zu steuern. Solange die Einführung und

### Einschiebung tragbarer Steuern

nicht mit größtem Nachdruck betrieben wird, solange dem Luxus der Wöllerei und dem Wucher nicht ernsthafter zu Leibe gegangen wird, steht die Beamtenschaft die Behauptung, daß ihr nicht geholfen werden könne, nicht als erwiesen an. Schnelle und durchgreifende Hilfe ist notwendig, vor allem für die gering Besoldeten, wenn nicht eine der besten Stufen des Staates, einer der wichtigsten Faktoren des Wiederaufbaues zusammenbrechen soll.

Die Kundgebung verlief in großer Ordnung. Die Massen verloren sich gegen 12 Uhr in das Stadlinnere.

Der Schankwirtschaft von Jähfeld, in der Ullandsstr. 74 zu Bismarcksdorf, umgezogen hat. Lauterbach trug sich, wie ermittelt wurde, mit dem Gedanken, als Heizer auf einem Schiff unterzukommen und so das Ausland zu erreichen. Wer über ihn irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird ebenfalls gebeten, sich umgehend bei Kriminalkommissar Voese in der Georgenkirchstraße 80, Inspektion C 2 der Berliner Kriminalpolizei, zu melden.

### Schneewetter.

Ohne Schnee kann man sich keine Weihnachtszeit denken. Die Schneefälle der letzten Tage haben erst die rechte Weihnachtsstimmung geschaffen. Inzwischen ist ja auch der Weihnachtsmarkt eröffnet worden, der in kläglichen Resten sich in einigen Straßen der Lustgartenstraße noch erhalten hat. Ein alter Berliner Glaubenssatz lautet: Sobald der Weihnachtsmarkt aufgebaut ist, gibt's — Nacht!

Einstweilen freuen die Freunde des Wintersports sich der lockenden Schneedecke, die über Promenaden und Parks, über Feld und Wald gebreitet ist. Am gestrigen Sonntag hatten sie ihre Schlitten und Schneeschuhe hervor und überließen sich dem ersten Winterergötzen. Die Eisenbahndirektion Berlin hatte alle Stationen angemessen, die Beförderung von Wintersportgeräten in der dritten Wagenklasse zuzulassen.

Den Arbeitlosen haben diese ersten Schneefälle wohl noch nicht gebracht. So rechtlich war der Regen noch nicht, daß zur Begräbnis ein großes Aufgebot von Hilfskräften erforderlich wäre. In den Straßen besorgen das bei geringen Schneefällen die Wagenräder und die Stiefelkassen, zum Leid der vielen, denen der Schnee himmlisches Paradies und Frost geben könnte.

### Zwei Kinder durch Kohlengas vergiftet.

Eine schwere Kohlengasvergiftung, durch die eine ganze Familie in Lebensgefahr schwand und zwei Kinder den Tod fanden, ereignete sich gestern in der Anklamer Str. 18. Dort wohnt der Arbeiter Hermann Kahl mit seiner Ehefrau und seinen vier Kindern im Alter von 4 bis 11 Jahren. Die Familie lebt in sehr armen Verhältnissen. Die Frau war noch dadurch größer geworden, daß die Frau einen Einbruch erlitt und hilflos dalag. Als der Mann am Sonnabend von der Arbeit heimkehrte, bemerke er sich noch am seine Frau, deren Zustand sich verschlechtert hatte. Bei der Hilfeleistung fiel der Mann plötzlich um und verlor das Bewußtsein. Morgens um 2 Uhr nahmen Nachbarn einen starken Gasgeruch wahr, der sie veranlaßte, in die Wohnung zu gehen und sich nach der Ursache umzusehen. Dabei erwiderten sie, daß die ganze Familie betäubungslos dalag, der Mann neben dem Lager der Frau auf dem Fußboden, ein kleiner Sohn in der Nähe des Herdes, ebenfalls auf dem Fußboden, die übrigen Kinder in ihren Betten. Wahrscheinlich war der Junge durch den starken Gasgeruch wach geworden und hatte ein Fenster öffnen wollen, war dann aber auch, ehe er dieses erreicht hatte, zusammengebrochen. Sofort herbeigeholte Hilfe vermochte das Ehepaar und die beiden jüngsten Kinder wieder ins Leben zurückzurufen, die beiden Ältesten, der 11 Jahre alte Sohn Max und die 8 Jahre alte Tochter Betty waren bereits tot. Die Vergiftung ist zweifellos auf einen Unglücksfall zurückzuführen, dessen Ursache noch nicht genau festgestellt ist.

### Das „rettende Gewissen“.

Ueber die deutsche Notgemeinschaft sprach Edward Stadler am Sonntagmorgen im Circus Lucha. In diesem war folgendes beisammen: gährende Leute, süßliche Rätle, denn der Atem frohob in der Luft, Ungemütlichkeit, Löwengebrüll, des Trompeten eines Gefanzen und Dr. Stadlers Stimme, hart, unangenehm, aber durchdringend. Der Redner bewegte sich bewundernswert geschickt auf Gemeinplätzen. Er sprach von der Not, den eigenen Köten, den Köten der Umgebung, der Gesamtnot, der Schicksalnot, der Volksnot, der Not der Zeit und schilderte den einzelnen als Repräsentanten der Not. Dann lief er Sturm gegen die Parteien, was allen denen außerordentlich behagte, die in der Partei der Parteifloren (dem Ring) eine Rolle zu spielen gedenken. Darzwischen ging der eine in den Circus, um sich zu wärmen, der andere lief weg, weil es ihm zu kalt war und jeder bekam „Das Gewissen“ gratis. Dabei sprach Dr. Stadler rührend und flammend von dem Gewissen, freilich ganz außer acht lassend, daß das Gewissen des einzelnen sich in einem recht verschiedenartigen Zustand befindet. Praktische Vorschläge wurden nicht gemacht.

Die Diskussionsredner blieben meist unerschrocken, denn sobald sie etwas vorbrachten, was den begeisterten Ringkäufern nicht in den Aram paßte, wurde Lärm geschlagen. Die Zurufe waren ganz interessant, fiel das Wort „Sozialisierung“, so schrie man „Quatsch!“ und lachte, wurde von der leuchtenden Geldwirtschaft geredet, so gab es Gemurmel, wurde aber von der Schieberrevue gesprochen, ward dieses mit lautem „Wauwau“ begrüßt. Ein Redner, der scharf gegen den internationalen Geist sprach, machte für den Ring Propaganda. Als ein Sprecher sich auf Marx berief, erschollen die Rufe „Schluß“, „Widder“, „Der hat wohl zu wenig Beschäftigung, weil er Zeit hat, falschen Aram zu lesen“.

In seinem Schlußwort beklagte Dr. Stadler, daß der Versuch gemacht sei, die Sache parteipolitisch zu drehen und er sollte die

Die Leipziger Beamtenschaft protestierte in einer vom Deutschen Beamtensbund einberufenen Versammlung gegen den Bundesvorstand. In der sehr erregten und ausgedehnten Debatte wurde nach einem Bericht der Ill. die neue Gewerkschaft der Eisenbahner aufgefördert, die Erfüllung der Beamtensforderungen

### durch einen Streik zu erzwingen.

Die Vertreter der Volkbeamten erklärten sich solidarisch. In einer Resolution wurde gegen die Beschlüsse des Hauptvorstandes scharfster Protest eingelegt und die Führer aufgefordert, sich der Stimmung der übergroßen Mehrzahl ihrer Mitglieder zu fügen und zu vertreten, was diese fordern. Ein Aufsichtsrat führt der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten zu ihrer in Aussicht genommenen Sonderaktion — über die wir bereits berichteten — vollste Sympathie und die Unterstützung der Leipziger Beamten zu.

In Hannover nahm der Deutsche Beamtensbund ebenfalls zur Lage Stellung. Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten protestiert in seinem Referat scharf gegen das Verhalten der Reichsregierung zu ihren Beamten. In einer Entschließung wurde Verwahrung gegen die von der Regierung und vom Reichstag beschlossenen Maßnahmen eingelegt und die dringende Mahnung an diese gerichtet, sich der Not der Beamtenschaft nicht lange zu verschließen. Bei weiterer ablehnender Haltung dieser Instanzen werden diejenigen alle Folgen zu verantworten haben, die zur Befreiung der Not der Beamten für Auflage herbeigeführt haben. In einer weiteren Resolution wurde der Abbau der Preise verlangt. Oberbürgermeister Genosse Weinert kennzeichnete den

### Friedensvertrag von Versailles

als die eigentliche Ursache unseres entsetzlichen Elends. Wenn doch deutsche Volk bei den Wahlen zur Nationalversammlung den sozialistischen Parteien mehr Vertrauen geschenkt und dadurch eine rein sozialistische Regierung möglich gemacht hätte, wäre noch seiner Ueberzeugung der Friedensvertrag anders ausgefallen. Er erkenne die Forderungen der Beamten an und sei der Ueberzeugung, daß in nicht zu ferner Zeit die Beamtensbesoldungsreform wieder auf der Tagesordnung stehen werde.

Behauptung auf, während seines Vortrages sei die Einheit überwunden. — O nein, es herrschte Ruhe, weil die andersgesinnten Zuhörer sich zu benehmen wußten.

Eine S.P.D.-Mitgliederversammlung der Konsumgenossenschaft nahm nach eingehender Aussprache folgende Entschließung einstimmig an: Die Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehörenden Mitglieder der Konsumgenossenschaft bekennt sich zur treuen und hingebenden Mitarbeit am Auf- und Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Organisation; sie gelobt, ihre volle Kraft einzusetzen für die genossenschaftliche Idee. Die Versammlung protestiert jedoch gegen die einseitige parteipolitische Zusammenfassung des Ausschusses der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung und fordert, daß bei Befragung der Verwaltungsorgane nicht parteipolitische, sondern nur rein genossenschaftliche Grundsätze maßgebend sein dürfen. Des weiteren spricht sich die Versammlung für das Delegieren zur Generalversammlung und für die Verhaftung des bei der Wahl zum Ausschussrat aus. Mit der Aufforderung an alle Genossen und Genossinnen, den Arbeitsausschuss dadurch zu unterstützen, die Vorellen der S.P.D.-Genossenschaftsmitglieder und Vertrauensmänner dem Gen. C. Frick, Berlin N 54, Weinbergweg 8, zuzugewenden, wurde die Versammlung geschlossen.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

## Heute, 13. Dezember:

Arbeitsgruppe Tankow, 7 1/2 Uhr bei Lindemann, Schloßstraße Ecke Kronenstraße: Sitzung des Gruppenverbandes und der Lokalkommission.

## Morgen, 14. Dezember:

70. Abt., Schöneberg, 7 1/2 Uhr im Lokal von Groh, Sedanstr. 17: Erweiterte Vorstandssitzung. Alle Bezirksleiter, deren Stellvertreter, die Genossen der Zeitungskommission und des Ortsbildungsvereins, ebenso die Vertreterinnen der Frauen werden erbeten, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Bezirk 7, 51. Abt., 8 Uhr im Lokal von Schellbach, Köpenick-Elisabethstr. 6: Erweiterte Vorstandssitzung. Die Funktionäre, auch die Gruppenleiter der 1., 2. und 11. Gruppe werden erbeten, pünktlich zu erscheinen.

7. Kreis (Charlottenburg), 53. Abteilung, 7 1/2 Uhr bei Arland, Beusselstr. 82: Ortsbildungsversammlung. Vorstandssitzung. Genosse Oswald über: Preussische Verfassung und die Landtagswahl.

74. Abt. (Zehlendorf), Mitgliederversammlung 7 1/2 Uhr im Kaiserhof, Zehlendorf, Potsdamer Straße. Tagesordnung: Die bevorstehenden Wahlen zum Landtag. Referent: Gen. Rüdiger, W. 8 A.

Steglitz, 8 Uhr Frauenabend bei Wedmann, Berlinstraße 13. Genossin Fr. Lo. wo: Weibliche Gesundheitspflege.

Prederdorf (Ullrich), 8 1/2 Uhr bei Sibel: Lehrstunde der Gemeindevertretung.

Westensee, Der letzte Vorstandabend des Genossen Daller findet nun endlich Dienstagabend 7 Uhr im Friedberggarten statt. Alle Kursteilnehmer sind eingeladen. Der Bildungsausschuss hält anschießend um 9 Uhr seine diesmonatliche Sitzung im Friedberggarten ab. Erbeten aller Mitglieder zu erscheinen.

Königsplatz, Frauenabend und Funktionärsitzung 7 1/2 Uhr bei Petras, Hauptstraße. Referent Genosse Witte: „Köten und die Frauen“.

## Abendstunden der S.P.D.-Glieder.

Montag, 7 1/2 Uhr: Arbeitergelangverein „Einigkeit“ Buchholz bei Hennig, Ostpreußenstr. 36. — Frauenchor „Arbeitsrat“ Charlottenburg: Jugendheim, Köpenickstr. 1. — Dienstag, 8 Uhr: Sozialistischer Hallischer Chor bei Krause, Mariannenplatz 2. — Donnerstag, 8 Uhr: Männerchor Reinholdsdorf. — Ost bei Vindenhof, Reibergstraße, Ecke Köpenick Weg. — Freitag, 7 1/2 Uhr: Sozialistischer Frauenchor bei Krause, Köpenickstr. 130. — Männerchor „Harmonie“ Charlottenburg, Kula der Siemens-Ordnungsstelle, Schönstr. 27. — Sozialistischer Männerchor bei Vindenhof (8-10), Kula in der Köpenickstraße. — Singspiele (8 Uhr), Viktorstr., Ecke Kältestraße.

Schöneberg, 77. Abt. (Brüder L.-4.) Die heute angelegte Vorstandssitzung fällt aus. Falls findet am Mittwoch, den 15. Dezember, 7 1/2 Uhr, im Zeichenland der Comenius-Schule, Janitschstr. 10, eine Konferenz sämtlicher Parteifunktionäre, Betriebsräte und Ortsleiter statt.

# Gewerkschaftsbewegung

## Regierung und Verwaltungsarbeiter.

Bereits vor einiger Zeit berichteten wir an dieser Stelle, daß das Reichsverwaltungsministerium, das nur einige Duzend Arbeiter beschäftigt, die unter den Lärm für die Arbeiter der Verwaltungsgewerkschaften fallen, es durch seinen Empirismus zustande gebracht hat, daß das Kabinett erst über verschiedene Differenzen die Entscheidung fällen muß. Wenn wir gehofft haben diese Entscheidung des Kabinetts würde angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Lage der Verwaltungsarbeiter so schnell wie möglich vor sich gehen, so sind wir bitter enttäuscht worden. Wochenlang schlummert diese Angelegenheit in der Reichskanzlei, ohne daß ein Resultat bisher erzielt wurde. Wenn die Arbeiterwelt aber durch diese Säumigkeit aufs höchste enttäuscht und zur Verzweiflung getrieben in Aktion tritt, wird dieselbe Regierung der Öffentlichkeit

